

21.12.2012 – 20:00 Uhr

**Westfalen-Blatt: das WESTFALEN-BLATT (Bielefeld) zum Thema Inklusion***Bielefeld (ots) -*

Kinder mit und ohne Behinderung in einer Klasse, alle werden nach ihren Befähigungen gefördert, die Starken ziehen Schwache mit, Hemmschwellen werden abgebaut: So sieht funktionierende Inklusion aus. Bislang ist sie eine schöne Wunschvorstellung. Doch es ist gut, dass in Deutschland nicht die Hoffnung stirbt, dass der Traum Realität wird. Damit der Traum nicht zu einem Albtraum mutiert, müssen Bedingungen gegeben sein: Spezifische Ausbildung für Lehrer an Regelschulen, geregelte Finanzierung ohne die gebeutelten Kommunen noch mehr zu belasten sowie mehr Studienplätze für Sonderpädagogen. Diese Voraussetzungen sind bislang nicht erfüllt, teilweise aber zumindest geplant. Jahrelang wurde das Projekt immer wieder vertagt. Dieser Vorwurf richtet sich nicht nur an eine Regierung oder eine Region. Nahezu alle politischen Farben und Bundesländer hinken hinterher. Die UN-Konvention stammt schließlich von 2009 und 70 Prozent der Deutschen stehen laut Umfragen hinter ihr. Während sich die Lehrer an allgemeinbildenden Schulen fragen, wie sie bei den aktuellen Klassengrößen auch noch eine gute Ausbildung von Kindern mit Förderbedarf garantieren sollen, fragen sich die Kommunen, wo sie das Geld dafür hernehmen sollen. Was in der Theorie ein Erfolgsmodell ist, wird in der aktuellen Realität zum Projekt mit Überforderungspotenzial unter Zeitdruck. Dabei braucht das sensible Thema Fingerspitzengefühl und Muße. Die Situation in den meisten Schulen ist nicht auf Inklusionsniveau, die Lage in Kommunen oft auch nicht. Städte und Gemeinden gerade in NRW kämpfen gegen Windmühlen beim Ausbau der Kita-Plätze für unter Dreijährige von Mitte 2013 an. Auf denselben Stichtag den Rechtsanspruch für behinderte Kinder auf eine Regelbeschulung zu datieren, ist unklug. Zwei derartige Großprojekte zeitgleich provozieren Fehler. Inklusion darf nicht heißen, dass es irgendwie passt. Es muss 100-prozentig funktionieren. Andernfalls bleiben zu viele Kinder auf der Strecke. Gemeinsames Lernen kann nicht - wie bislang angedacht - sukzessive umgesetzt werden. Erst muss das Konzept komplett stehen, bevor Rechtsanspruchstermine verkündet werden. Auch wenn von Politikern oft Klartext verlangt wird, wäre es hier besser gewesen, kein Datum in die Welt zu setzen. Das hätte den Beteiligten Sicherheit gegeben. Momentan wird lieber erstmal angekündigt, um dann die Umsetzung unter Termindruck zu betreiben. Daran ändert die Verschiebung um ein Jahr nichts. Sie lässt Eltern behinderter Kinder unsicher zurück, die NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) geglaubt haben und sich nun fragen, ob die übrigen Versprechen ebenso schnell verschoben werden. Denn Inklusion ist mehr als ein Rechtsanspruch. Sie muss gelebt werden. Und das braucht noch viel mehr Zeit.

Pressekontakt:

Westfalen-Blatt  
Nachrichtenleiter  
Andreas Kolesch  
Telefon: 0521 - 585261

Original-Content von: Westfalen-Blatt, übermittelt durch news aktuell

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.de/pm/66306/2387632> abgerufen werden.